



Graubünden | Grischun | Grigioni

Bürgerlich - Demokratische Partei (BDP) Graubünden
Partida burgais - democratica (PBD) dal Grischun
Partito borghese - democratico (PBD) dei Grigioni

Medienmitteilung

Chur, 17. Mai 2018

BDP Graubünden sagt Ja zur Geldspielgesetzgebung

Die Delegierten der BDP Graubünden fassten am Donnerstag, 17. Mai 2018 die Parolen zu den eidgenössischen Abstimmungsvorlagen vom 10. Juni 2018 in Zizers. Sie sagen Nein zur Vollgeld-Initiative und Ja zum Geldspielgesetz. Im Anschluss diskutierten Regierungsrat Jon Domenic Parolini, Manuela Tscholl und Martin Bässler zum Thema soziale Integration.

«Wir haben als Partei Verantwortung getragen und werden dies auch weiterhin tun». Mit diesen klaren Worten begrüsst Interimspräsident Beno Niggli die Delegierten der BDP Graubünden in Zizers. Es gelte auf die Stärken der Partei zu setzen. Auf das, was in den vergangenen Jahren erreicht werden konnte. Als drittstärkste Fraktion im Grossen Rat und mit vielen Amtsträgern in kommunalen, kantonalen oder nationalen Gremien habe die Partei vielen Themen und Bereichen in der Bündner Politik mitgeprägt. Der Wunsch nach politischer Vernunft und Lösungsorientierung sei ungebrochen. Deshalb sei die politische Ausrichtung - auch mit Blick auf die kommenden Wahlen - klar: Vorwärts!

NEIN zur Vollgeld-Initiative

Die Delegierten der BDP fassten einstimmig die NEIN-Parole zur so genannten «Vollgeld-Initiative». Sie folgten damit den Ausführungen von BDP-Grossratskandidat (Kreis Fünf Dörfer) Stefan Joos, der aufzeigte, dass dieses hochriskante Experiment nicht nur die Unabhängigkeit der Nationalbank aufs Spiel setzen würde, sondern die Folgen, wie teurere Hypotheken und Kredite, von den KMU und Privatpersonen getragen werden müssten.

JA zum Geldspielgesetz

Die Delegierten der BDP fassten mit 32 zu 12 Stimmen die JA-Parole zum Geldspielgesetz. Sie folgten damit den Argumenten von Regierungsrat Jon Domenic Parolini. «Das Spielgesetz führe das bewährte System des kontrollierten und verantwortungsvollen Geldspiels weiter, dessen Erträge einen unverzichtbaren Beitrag an gemeinnützige Projekte und Institutionen in den Bereichen Kultur, Soziales, Sport und Naturschutz sowie an die AHV/IV leisten», so Parolini.

Öffentliche Podiumsveranstaltung

Im Anschluss an die Parolenfassung diskutierten **Martin Bässler**, Leitung pädagogische Angebote an der Stiftung Gott hilft, **Manuela Tscholl**, Geschäftsführerin Tscholl Integration und Grossratskandidatin für den Kreis Trins, sowie **Regierungsrat Jon Domenic Parolini**, Vorsteher des Departements für Volkswirtschaft und Soziales Graubünden, über die Frage «wie viel Solidarität braucht der Staat?». Die Diskussion leitete **Daniel Zindel**, Leiter der Stiftung Gott hilft.

Das Thema der Zuständigkeit bei den entscheidenden Lebensübergängen, z.B. bei Schuleintritt, von der Schule in die Lehre oder bei der Volljährigkeit war dabei eines der Themen. Obwohl die Zuständigkeiten und die Finanzierung für alle Bereiche geregelt ist, können die unterschiedlichen Regelungen eine Herausforderung sein, insbesondere, wenn die Gleichbehandlung von Kindern und Jugendlichen mit schwierigen Startbedingungen nicht gegeben ist. Regierungsrat Parolini und Grossratskandidatin Tscholl betonten zudem die grosse Bedeutung der Integration der Jugendlichen mit schwierigen Startbedingungen in den ersten



Bürgerlich - Demokratische Partei (BDP) Graubünden
Partida burgais - democratica (PBD) dal Grischun
Partito borghese - democratico (PBD) dei Grigioni

Arbeitsprozess. Dabei anerkennen sie die Bereitschaft vieler Arbeitnehmer solchen Jugendlichen eine Chance zu geben und die wichtige Begleitfunktion von Institutionen wie die Stiftung Gott hilft.

Stiftung Gott hilft

Vor und nach der Diskussion ermöglichten Daniel Zindel und Martin Bässler durch zwei Kurzvorträge und den Besuch mit Führung in der Ausstellung der Geschichte der Stiftung Gott hilft einen guten Einblick in diese wichtige soziale Institution.

Rückfragen an:

Beno Niggli, Vizepräsident der BDP GR, 079 327 39 63, beno-niggli@bluewin.ch
Gian Michael, Fraktionspräsident und Wahlkampfleiter 078 602 11 80, michael-donath@bluewin.ch